

V-27 Soziale Medien sind für alle da - Sichere digitale Räume statt populistischer Verbote

Gremium: KV Nürnberg-Stadt
Beschlussdatum: 11.07.2026
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Der politische Handlungsdruck im Umgang mit sozialen Medien wächst weltweit, denn die digitale Transformation wird das Leben zukünftiger Generationen weiterhin nachhaltig prägen. Doch einfache Antworten greifen zu kurz. Die Frage nach einem guten Aufwachsen in einer immer digitalisierteren Welt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Facetten der Herausforderung berücksichtigen muss. Das Beispiel Australiens macht dies deutlich, denn das seit Ende 2025 geltende Verbot sozialer Medien für Personen unter 16 Jahren hat die strukturellen Probleme digitaler Plattformen nicht gelöst. Circa 85 % der Jugendlichen umgehen die Sperren und positive Effekte auf die psychische Gesundheit sind bislang nicht nachweisbar. Gleichzeitig macht ein Urteil aus den USA die Tragweite des Problems deutlich. Im März 2026 sprach eine Jury in Los Angeles einer jungen Klägerin mehrere Millionen US-Dollar Schadenersatz zu. Sie befand Meta und YouTube für mitverantwortlich, da ihre Plattformen suchtähnliches Verhalten gezielt fördern. Bei uns in Europa ermittelt die EU-Kommission wegen mangelnden Kinderschutzes seit mehreren Jahren gegen Meta.

Die digitale Welt wird heute von Plattformen dominiert, deren Geschäftsmodelle auf der Maximierung der Nutzungsdauer basieren. Lange Bildschirmzeiten sind kein Zufallsprodukt, sondern gezielt gewollt: Durch den Einsatz psychologisch optimierter Algorithmen fördern Technologiekonzerne suchtähnliches Nutzungsverhalten, um Werbeeinnahmen zu steigern. Scheinbar kostenlose Dienste erweisen sich dabei als Fallen, in denen Aufmerksamkeit und persönliche Daten zur eigentlichen Währung werden. Es hat sich ein System entwickelt, in dem Nutzer*innen nicht mehr nur Konsument*innen sind, sondern selbst zur Grundlage des Geschäftsmodells werden, oft auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit. Wir beobachten derzeit eine globale Krise der psychischen Gesundheit junger Menschen und der aktuelle Stand der Forschung gibt Grund zur Annahme, dass soziale Medien hierbei einen signifikanten Einflussfaktor darstellen. Dennoch wird der Anstieg von Depressionen, Angst- und Schlafstörungen bei jungen Menschen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Dabei können gerade in der Jugend solche mentalen und körperlichen Belastungen langfristige und schwerwiegende Folgen für das gesamte weitere Leben haben. Gleichzeitig fehlt es in der Gesellschaft an ausreichender Medienkompetenz, was insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, anfällig für Manipulation, Radikalisierung und politische Polarisierung macht.

Ein weiteres zentrales Problem ist, dass soziale Netzwerke derzeit Räume darstellen, in denen der Jugendschutz oft nicht ausreichend gewährleistet ist. Soziale Netzwerke müssen Orte sein, die Jugendlichen wirksamen Schutz vor missbräuchlichem Verhalten, wie beispielsweise Cybergrooming, Cybermobbing und sexualisierter digitaler Gewalt, bieten. Es sind dringend wirksame Lösungen erforderlich, die das Problem an der Wurzel packen. Benötigt wird Regulierung, die Transparenz und Verantwortung einfordert. Nur so kann ein Internet gestaltet

42 werden, das Mündigkeit statt Sucht fördert und für alle Nutzer*innen zu einem
43 sicheren Ort wird.

44 Lösungen statt Symbolpolitik

45 Eine auch in Deutschland viel diskutierte Maßnahme ist die Einführung eines
46 altersbezogenen Nutzungsverbots für soziale Medien, um Kinder und Jugendliche
47 bis zu einem bestimmten Alter vor den Risiken digitaler Plattformen zu schützen.
48 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt populistische Verbote sozialer Medien für Kinder und
49 Jugendliche entschieden ab. Ein pauschales Verbot greift hier zu kurz, da es die
50 tatsächlichen Gefahren im digitalen Raum, die insbesondere von Erwachsenen und
51 Unternehmen ausgehen, nicht angemessen adressiert. Statt reaktiver Verbote
52 braucht es daher proaktives Handeln mit umfassender und altersgerechten
53 Medienbildung für alle Generationen sowie klare Schutzmechanismen auf den
54 Plattformen selbst.

55 In der aktuellen Debatte zeigt sich eine gefährliche Verantwortungsverschiebung.
56 Anstatt die strukturellen Ursachen zu bekämpfen, wird die Last auf Einzelne
57 abgewälzt. Doch der Kern des Problems liegt in den Geschäftsmodellen der
58 Plattformen und muss dort auch politisch angegangen werden. Unternehmen
59 optimieren ihre Dienste gezielt darauf, die Nutzungszeit zu maximieren, um ihre
60 Werbeeinnahmen zu steigern. Dabei nehmen sie die negativen Folgen für die
61 psychische Gesundheit, auch von Kindern und Jugendlichen, billigend in Kauf.
62 Besonders am Beispiel Australiens wird deutlich: Ein Verbot löst nicht das
63 zugrunde liegende Problem. Es führt vielmehr dazu, dass die Verantwortung
64 individualisiert und ins Private verschoben wird, während die eigentlichen
65 Ursachen unangetastet bleiben. Wir GRÜNE fordern daher wirksame Regulierung der
66 Tech-Konzerne statt der Verlagerung eines systemischen Problems in den privaten
67 Raum.

68 Zudem würde ein pauschales Nutzungsverbot für soziale Medien junge Menschen aus
69 dem öffentlichen Diskurs ausschließen. Soziale Medien sind für Jugendliche
70 längst mehr als Unterhaltungsplattformen: Sie sind politische Orte, Sprachrohre
71 und zentrale Räume für gesellschaftliche Teilhabe. Bewegungen wie Fridays for
72 Future zeigen, wie junge Menschen über digitale Netzwerke Debatten prägen,
73 Protest organisieren und Themen auf die Agenda setzen, die sonst keinen Raum
74 fänden. Gerade für marginalisierte Gruppen, etwa LGBTQI+-Jugendliche, sind
75 soziale Medien oft der einzige Zugang zu Safe-Spaces, Communitys und
76 Informationen, die ihnen im privaten oder schulischen Umfeld verwehrt bleiben.

77 Soziale Medien sind zentrale demokratische Infrastruktur unserer Gesellschaft.
78 Kinder und Jugendliche haben nicht nur Schutzbedürfnisse, sondern auch Rechte:
79 das Recht auf Meinungs und Informationsfreiheit sowie auf den Zugang zu Medien,
80 wie sie in der UN Kinderrechtskonvention, insbesondere in Artikel 12 und 13,
81 verankert sind. Ein pauschales Nutzungsverbot für soziale Medien würde diese
82 Rechte massiv einschränken und die Entwicklung digitaler Kompetenzen behindern.
83 Solche pauschalen Verbote stellen einen Verstoß gegen die UN-
84 Kinderrechtskonvention dar, insbesondere gegen das Recht auf freie
85 Meinungsäußerung und den Zugang zu Medien. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonen daher:
86 Jugendliche brauchen wirksamen Schutz, aber keine Ausgrenzung aus digitalen
87 Räumen. Pauschale Social-Media-Einschränkungen entmündigen Kinder und
88 Jugendliche und verhindern letztlich digitale Teilhabe sowie den Aufbau von
89 Medienkompetenz.

90 Ein Verbot hätte zudem den Nachteil, dass Kinder und Jugendliche in noch weniger
91 regulierte Bereiche des Internets abgedrängt würden. Sie würden beispielsweise
92 auf kleine, unkontrollierte Plattformen ausweichen, die weder Transparenz noch
93 Schutzstandards bieten, oder durch falsche Altersangaben vollen,
94 unkontrollierten Zugriff auf Inhalte der großen Plattformen erhalten. Dort wären
95 sie genauso anfällig für Manipulation, Radikalisierung und Sucht. Darüber hinaus
96 erschwert ein künstliches Herausögern des Kontakts mit der digitalen Welt in
97 zentralen Phasen der Sozialisation den Erwerb grundlegender Medienkompetenz.
98 Eine solche Maßnahme löst die Herausforderung also nicht, sondern verschiebt sie
99 lediglich in die Zukunft.

100 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich daher klar gegen ein Social-Media-Verbot für
101 Kinder und Jugendliche aus. Die Problematik liegt in den Algorithmen und
102 Geschäftsmodellen der großen Plattformen und wird durch diese Maßnahme nicht
103 gelöst.

104 Social Media regulieren

105 Der wirksamste und dauerhaft tragfähigste Weg für die Regulierung großer
106 Plattformen führt über die europäische Ebene. Digitale Plattformen agieren
107 global und entziehen sich damit weitgehend nationalstaatlicher Regulierung.
108 Einzelne Staaten stoßen hier schnell an ihre Grenzen. Nationale Ergänzungen oder
109 Sonderwege sind angesichts der europaweit vollharmonisierten und vorrangigen
110 Regelungen des Digital Services Act (DSA) im Bereich der Plattformregulierung
111 grundsätzlich nicht zulässig und laufen ins Leere. Wer dennoch auf nationale
112 Maßnahmen setzt, ignoriert den europäischen Rechtsrahmen und betreibt
113 populistische Symbolpolitik ohne praktische Wirkung. Nur durch ein koordiniertes
114 Vorgehen innerhalb der Europäischen Union lassen sich verbindliche Regeln
115 durchsetzen, die für alle großen Plattformen gleichermaßen gelten. Mit dem DSA
116 hat die Europäische Union hierfür einen wichtigen ersten Schritt unternommen.
117 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der DSA konsequent umgesetzt
118 wird. Für eine effektive Durchsetzung müssen die zuständigen Behörden mit
119 ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.
120 Gleichzeitig muss der bestehende Rechtsrahmen dort weiterentwickelt werden, wo
121 sich Lücken zeigen.

122 Aktuell sehen die AGB der meisten Plattformen zwar ein Mindestalter für die
123 Nutzung vor, doch eine wirksame Altersverifikation wird nicht umgesetzt.
124 Existierende Lösungen basieren oft auf Selbstangabe des Alters oder
125 unzuverlässigen Gesichts-Scans. Dabei stehen insbesondere
126 gesichtserkennungsbasierte Ansätze in der Kritik, Diskriminierung zu
127 reproduzieren. Technische Lösungen, etwa eine EU-weite digitale Wallet oder
128 tokenbasierte Systeme, könnten das Alter verifizieren, ohne die Identität der
129 Nutzer*innen preiszugeben, doch solche Ansätze stecken noch in den Kinderschuhen
130 und werfen weiterhin Fragen zum Datenschutz und zur Umgehbarkeit auf. BÜNDNIS
131 90/DIE GRÜNEN fordern daher, dass Plattformen verpflichtet werden, anonyme und
132 diskriminierungsfreie Alterschecks einzuführen, etwa durch die Nutzung der EU-ID
133 oder unabhängiger Drittanbieter. Diese müssen datensparsam gestaltet sein,
134 sodass sie weder das übermäßige Sammeln von Daten ermöglichen, noch die
135 Anonymität der Nutzer*innen einschränken.

136 Digitale Plattformen sind nicht neutral gestaltet. Ihre Funktionen folgen
137 wirtschaftlichen Interessen und zielen meist darauf ab, die Nutzungsdauer und

138 die Wiederkehrtrate zu maximieren. Endlos-Scrolling, automatische Wiedergabe,
139 Push-Mitteilungen und öffentliche Like-Zähler sind daher keine bloßen
140 Komfortfunktionen, sondern Elemente eines Designs, das problematische
141 Nutzungsmuster fördert. Minderjährige sind diesen Mechanismen in besonderem Maße
142 ausgesetzt und deshalb besonders schutzbedürftig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert
143 deshalb verbindliche, altersgerechte und sichere digitale Räume für Kinder und
144 Jugendliche. Dazu gehören strenge Voreinstellungen für Minderjährige, ein
145 konsequenter Schutz vor schädlichen und suchtvorstärkenden Funktionen sowie
146 klare, nach Altersgruppen abgestufte Regeln, die der wachsenden
147 Selbstständigkeit junger Menschen Rechnung tragen. Personalisierte Werbung auf
148 Basis von Profiling, die sich explizit an ein minderjähriges Publikum richtet,
149 lehnen wir entschieden ab. Plattformen sollen verpflichtet werden, standardmäßig
150 nicht-manipulative und konfigurierbare Oberflächen bereitzustellen. Dazu gehören
151 insbesondere die Deaktivierung von Autoplay-Funktionen, die Begrenzung von Push-
152 Mitteilungen sowie das Ausblenden öffentlicher Like- und Vergleichsmetriken.
153 Darüber hinaus müssen soziale Medien grundsätzlich auch ohne personalisierte
154 algorithmische Empfehlungssysteme nutzbar sein. Plattformen sollen verpflichtet
155 werden, dafür leicht auffindbare und verständliche Wahlmöglichkeiten
156 bereitzustellen; für Minderjährige muss eine nicht-personalisierte Nutzung
157 standardmäßig voreingestellt sein. Ergänzend sollen Plattformen altersgerechte
158 und datensparsame Werkzeuge bereitstellen, mit denen Eltern oder
159 Erziehungsberechtigte Schutzfunktionen aktivieren können, ohne die Privatsphäre
160 und Selbstständigkeit von Jugendlichen unverhältnismäßig einzuschränken.

161 Die Funktionsweise algorithmischer Systeme darf kein intransparenter
162 Machtbereich privater Konzerne bleiben, wenn diese maßgeblich beeinflussen,
163 welche Inhalte Sichtbarkeit erhalten und wie sich öffentlicher Diskurs formt.
164 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher eine wirksame demokratische Kontrolle großer
165 Plattformen. Dazu gehört, dass ihre Systeme gegenüber unabhängigen
166 Aufsichtsstellen und qualifizierten Forschenden prüffähig offengelegt werden.
167 Erforderlich sind Auditierbarkeit, ein gesicherter Zugang zu relevanten Daten
168 sowie verpflichtende Risikoanalysen und Folgenabschätzungen, insbesondere mit
169 Blick auf den Schutz von Minderjährigen, die Verbreitung manipulativer Inhalte
170 und die Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

171 Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen dürfen nicht folgenlos bleiben. Bei
172 wiederholten oder systematischen Verstößen müssen empfindliche Sanktionen
173 möglich sein, insbesondere hohe Bußgelder und weitergehende aufsichtsrechtliche
174 Maßnahmen bis hin zu befristeten Einschränkungen einzelner Funktionen oder
175 Dienste. Zugleich braucht es starke Rechte für die Zivilgesellschaft. Kollektive
176 Klagemöglichkeiten für Verbände sind durch die EU-Verbandsklage-Richtlinie
177 bereits grundlegend verankert. Um diese Durchsetzung zu stärken, fordern wir
178 eine Ausweitung auf alle relevanten Verstöße, zum Beispiel gegen den DSA,
179 insbesondere mit Blick auf Jugendschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die
180 Regulierung sozialer Medien muss dem Ziel dienen, digitale Räume sicherer,
181 demokratischer und menschenfreundlicher zu gestalten. Kinder und Jugendliche
182 brauchen Schutz vor Ausbeutung, Manipulation und suchtförderndem Design,
183 zugleich aber auch Räume für Information, Austausch und gesellschaftliche
184 Teilhabe. Deshalb müssen Plattformregulierung, Kinderrechte, Datenschutz,
185 Demokratie und Bildung zusammen gedacht werden. Verbote allein reichen dabei
186 nicht aus. Ebenso zentral ist eine systematische Stärkung der Medienkompetenz,
187 denn sie ist eine Voraussetzung für Prävention, Selbstschutz und demokratische

188 Teilhabe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher, Medienkompetenz verbindlich und
189 überprüfbar in allen Schulformen zu verankern und durch qualifizierte
190 Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu stärken.

191 Laut der Shell-Jugendstudie von 2024 ist auch ein Großteil der Jugendlichen der
192 Meinung, dass der Umgang mit digitalen Medien und das Erkennen von Fake News in
193 der Schule verpflichtend unterrichtet werden sollten. Dies muss durch
194 außerschulische Bildungsangebote sowie gezielte Unterstützung für Eltern,
195 Erzieher*innen und sozialpädagogische Fachkräfte ergänzt werden, damit Kinder
196 und Jugendliche im Umgang mit digitalen Medien wirksam begleitet werden können.
197 Auch Plattformen müssen hierbei stärker in die Verantwortung genommen werden.
198 Wenn wir Kinder, Jugendliche und ihre Bezugspersonen mit hochspezialisierten,
199 gewinnorientierten Plattformen alleinlassen, verlagern wir die Verantwortung für
200 ein strukturelles Problem auf das Individuum. Nur durch das Zusammenspiel von
201 Regulierung, Bildung und gesellschaftlicher Unterstützung kann ein digitaler
202 Raum entstehen, der Mündigkeit stärkt, Teilhabe ermöglicht und wirksam schützt.

Einfache Sprache

203 Soziale Medien verändern das Leben von jungen Menschen. Sie bieten viele
204 Möglichkeiten. Aber sie können auch krank machen. Die Politik muss jetzt
205 handeln. Aber einfache Verbote sind keine gute Lösung. Wir brauchen bessere
206 Regeln für die großen Plattformen.

207 Die großen Plattformen wie Meta oder YouTube verdienen Geld mit Werbung. Sie
208 verdienen umso mehr, je länger die Menschen auf den Plattformen bleiben. Deshalb
209 sind die Plattformen so gebaut, dass man gar nicht mehr aufhören kann zu
210 scrollen. Experten sagen: Das Verhalten wird damit ähnlich wie eine Sucht.

211 Das hat Folgen für die Gesundheit. Viele junge Menschen haben heute
212 Depressionen, Angst oder Schlafprobleme. Die Forschung zeigt: Soziale Medien
213 spielen dabei eine Rolle. In den USA hat ein Gericht entschieden: Meta und
214 YouTube müssen einer jungen Frau Millionen von Dollar zahlen. Die Plattformen
215 haben absichtlich suchartiges Verhalten gefördert. Die EU ermittelt auch seit
216 Jahren gegen Meta, wegen zu wenig Schutz für Kinder.

217 Es gibt noch weitere Gefahren im Internet:

- 218 • Cybermobbing: Menschen werden online beleidigt oder fertig gemacht.
- 219 • Cybergrooming: Erwachsene bauen online Kontakt zu Kindern auf, um sie zu
220 missbrauchen.
- 221 • Sexualisierte Gewalt: Menschen werden online sexuell belästigt.
- 222 • Manipulation und Fake News: Viele Menschen können falsche Informationen
223 nicht erkennen.
- 224 • Radikalisierung: Manche Menschen werden online in die falsche Richtung
225 gezogen.

226 Es wird oft diskutiert: Sollen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren soziale
227 Medien ganz verboten bekommen? BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: Nein zu einem
228 Verbot.

229 Das sieht man am Beispiel Australien: Dort gilt seit Ende 2025 ein Verbot für
230 Jugendliche unter 16 Jahren. Das hat nicht geholfen. Ungefähr 85 von 100
231 Jugendlichen machen trotzdem weiter. Und gesünder sind sie auch nicht geworden.

232 Warum ist ein Verbot keine gute Lösung?

- 233 1. Das eigentliche Problem bleibt. Das Problem sind die Geschäftsmodelle der
234 Plattformen. Die Plattformen wollen, dass Menschen lange online bleiben.
235 Ein Verbot ändert daran nichts. Die Plattformen können einfach weiter
236 machen wie vorher.
- 237 2. Kinder und Jugendliche werden bestraft für ein Problem, das andere machen.
238 Die Gefahr geht vor allem von Erwachsenen und Unternehmen aus – nicht von
239 den Jugendlichen. Ein Verbot schiebt die Schuld auf die Jugendlichen und
240 ihre Eltern. Das ist unfair.
- 241 3. Junge Menschen haben Rechte. Es gibt ein wichtiges Abkommen der Vereinten
242 Nationen: die UN-Kinderrechtskonvention. Dort steht: Kinder haben das
243 Recht, ihre Meinung zu sagen. Sie haben das Recht auf Informationen und
244 Zugang zu Medien. Ein Verbot verletzt diese Rechte.
- 245 4. Soziale Medien sind wichtig für die Teilhabe. Für Jugendliche sind soziale
246 Medien mehr als nur Unterhaltung. Dort reden sie über Politik. Dort
247 organisieren sie Protest. Ein Beispiel ist Fridays for Future. Diese
248 Bewegung wurde groß durch soziale Medien. Manche Jugendliche finden dort
249 auch den einzigen sicheren Ort, wo sie zu sich selbst sein können. Zum
250 Beispiel junge LGBTQ+-Menschen.
- 251 5. Jugendliche würden einfach woanders hingehen. Mit einem Verbot nutzen
252 Jugendliche kleinere und unkontrollierte Plattformen. Oder sie lügen über
253 ihr Alter. Dann sind sie noch schlechter geschützt als vorher.
- 254 6. Jugendliche lernen den Umgang mit Medien später. Wenn Jugendliche erst
255 später ins Internet dürfen, lernen sie später, wie man damit umgeht. Man
256 muss Medien aber üben, um sicher damit zu werden. Ein Verbot schiebt das
257 Problem nur in die Zukunft.

258 Was schlagen wir stattdessen vor?

259 Regulierung auf europäischer Ebene: Die großen Plattformen arbeiten weltweit.
260 Ein einzelnes Land wie Deutschland kann sie schwer kontrollieren. Deshalb
261 brauchen wir Regeln in ganz Europa. In der EU gibt es schon ein wichtiges
262 Gesetz: den Digital Services Act, kurz DSA. Dieses Gesetz muss konsequent
263 umgesetzt werden. Die Behörden brauchen dafür genug Personal und genug Geld.
264 Viele Plattformen schreiben vor, dass man mindestens 14 Jahre alt sein muss.
265 Aber sie prüfen nicht wirklich, wie alt jemand ist. Man kann einfach ein
266 falsches Alter angeben. Wir fordern: Plattformen müssen das Alter sicher prüfen.
267 Aber ohne Gesichts-Scans. Diese können Menschen falsch einschätzen und
268 benachteiligen. Und ohne zu viele Daten zu sammeln. Das Alter muss geprüft
269 werden, aber die Identität soll geheim bleiben.

270 Sichere Einstellungen für Jugendliche: Plattformen sind so gebaut, dass man
271 lange bleibt. Beispiele:

- 272 • Endlos-Scrollen: Es gibt kein Ende. Man scrollt immer weiter.
- 273 • Autoplay: Das nächste Video startet von selbst.
- 274 • Push-Nachrichten: Das Handy piepst ständig, damit man wieder hinguckt.
- 275 • Like-Zähler: Alle sehen, wie viele Likes jemand hat. Das führt zu Druck
276 und Vergleich.

277 Für Jugendliche soll das anders sein. Wir fordern:

- 278 • Autoplay wird standardmäßig ausgeschaltet.
- 279 • Weniger Push-Nachrichten.
- 280 • Like-Zähler werden ausgeblendet.
- 281 • Jugendliche sollen auch ohne personalisierte Vorschläge nutzen können. Das
282 heißt: Die Plattform zeigt nicht nur, was der Algorithmus für dich
283 aussucht.
- 284 • Es gibt sichere Einstellungen, die Eltern für ihre Kinder einschalten
285 können.

286 Keine personalisierte Werbung für Jugendliche: Werbung, die auf Kinder und
287 Jugendliche zugeschnitten ist, lehnen wir ab. Die Plattformen sammeln dafür zu
288 viele Daten über junge Menschen.

289 Kontrolle und Strafen: Die Algorithmen der Plattformen sind geheim. Niemand weiß
290 genau, wie sie entscheiden, was man zu sehen bekommt. Wir fordern: Unabhängige
291 Prüfer und Forscher müssen die Systeme anschauen dürfen. Wenn Plattformen sich
292 nicht an die Regeln halten, müssen sie bestraft werden: mit hohen Geldstrafen
293 oder mit Verboten von einzelnen Funktionen. Auch Verbände sollen klagen können.
294 Das nennt man Verbandsklage. Sie hilft, die Rechte von Jugendlichen
295 durchzusetzen.
296 Medienkompetenz in der Schule Regeln allein reichen nicht.

297 Kinder und Jugendliche müssen lernen, mit Medien umzugehen. Das nennt man
298 Medienkompetenz. Wer Medienkompetenz hat, kann:

- 299 • Fake News erkennen
- 300 • sich selbst schützen
- 301 • mitreden in der Demokratie

302 Wir fordern: Medienkompetenz muss Pflicht in allen Schulen werden. Auch
303 Lehrkräfte müssen dafür gut ausgebildet werden.
304 Laut einer großen Jugendstudie von 2024 wollen das die meisten Jugendlichen
305 selbst: Sie wollen in der Schule lernen, wie man mit digitalen Medien umgeht und
306 Fake News erkennt. Auch Eltern und Erzieherinnen und Erzieher sollen

307 Unterstützung bekommen. Und auch die Plattformen müssen Verantwortung
308 übernehmen.

Begründung

Siehe Antrag. Die restliche Begründung erfolgt mündlich.

Kernforderungen

- Ablehnung pauschaler Social-Media-Verbote für Kinder/Jugendliche
- Strikte Regulierung der Tech-Konzerne (DSA, Transparenz, Sanktionen)
- Anonyme, diskriminierungsfreie Altersverifikation
- Sichere, altersgerechte digitale Räume (keine Suchtmechanismen, keine personalisierte Werbung für Minderjährige)
- Verbindliche Medienkompetenz in Schulen + außerschulische Bildung
- Demokratische Teilhabe bewahren (keine Ausgrenzung aus digitalen Räumen)

Quellen und weiterführende Informationen:

- [Studie zu den Effekten des Social-Media-Verbots in Australien](#)
- [Shell-Jugendstudie 2024](#)
- [Die WHO zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen](#)
- [Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe](#)
- [Stellungnahme des Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention](#)
- [Rechtliche Einschätzung des Leibniz-Institut für Medienforschung](#)
- [OECD zum Leben von Kindern im digitalen Zeitalter](#)
- [Deutsches Kinderhilfswerk zu Social-Media-Verboten](#)
- [Handlungsempfehlungen der Expertenkommission](#)
- [Die Zeit zu den Ermittlungen der EU-Kommission](#)
- [Interface zu Altersgrenzen in der EU](#)
- [K.G.M. v. Meta et al.](#)